

MARKTKOMMENTAR zur EU-Kleinanlegerstrategie

Von Prof. Dr. Michael Heuser, Wissenschaftlicher Direktor des DIVA

Marburg, 31. Mai 2022

Altersvorsorge und Geldanlage in Deutschland: Fünf Schritte, die Aktienkultur zu stärken

In einem von besorgniserregender Geldentwertung und niedrigen Zinsen geprägten Umfeld gewinnen auf Aktien basierende Geldanlage und Altersvorsorge weiter an Bedeutung. Die Berliner Ampelparteien haben im Koalitionsvertrag gleich mehrere Vorhaben zur Förderung der aktienbasierten Altersvorsorge vereinbart. Auch die EU-Kommission verfolgt im Rahmen ihrer „Kleinanlegerstrategie“ das Ziel eines besseren Marktzugangs für Geldanlagen mit höherer Rendite.

Jeder Ansatz zu Förderung und Ausbau der Aktienkultur ist zu begrüßen. Kritisch zu bewerten sind jedoch die Ausgangsthese dieser politischen Bemühungen: „Der Staat ist der bessere Kapitalanleger als die Bürgerinnen und Bürger“ lautet die nationale Botschaft, „Kleinanlegern wird der Marktzugang erschwert“ die europäische. Die Bürgerinnen und Bürger müssen jedoch nicht erst dazu angehalten werden, ihre Altersvorsorge selbst in die Hand zu nehmen. So zeigen die beiden regelmäßig durch das Deutsche Institut für Vermögensbildung und Altersvorsorge (DIVA) erhobenen Indizes: Das Interesse der Menschen in Deutschland an aktienbasierten Geldanlagen, Vermögensaufbau und an Altersvorsorge steigt kontinuierlich.

Deutlich wird dies auch in der Anzahl der Fondssparpläne, der Wertpapierdepots und der Aktionäre, die mit hoher Dynamik wachsen, ganz ohne staatliches Zutun. Die Menschen in Deutschland haben verstanden, dass Aktien ihnen zur Vorsorge dienen. Diesen Trend sollte die Politik konsequent fördern.

Fünf Punkte können wichtige Schritte zur Stärkung der Aktienkultur sein.

1.) Der Mündigkeit der Bürgerinnen und Bürger Rechnung tragen

Jenseits des gesetzlichen Rentensystems sind die Bürgerinnen und Bürger selbst in der Lage, ihre Finanzthemen in die Hand zu nehmen. Ihnen ist bewusst, dass es ohne zusätzliche private Vorsorge nicht geht. Deshalb sollten nicht staatliche Zwänge, Regulierungen und Vorgaben, sondern Freiräume und Mündigkeit der Bürgerinnen und Bürger das Leitbild politischen Handelns sein. Schließlich werden diesen schon jetzt fast zehn Prozent vom Gehalt für die gesetzliche Rente abgezogen. Warum also sollten die Bürgerinnen und Bürger noch zusätzlich zwangsverpflichtet werden?

2.) Der Versuchung der Überregulierung widerstehen

Verbraucherschutz ist gut und wichtig. Aufgrund von Regulierungen sieht sich der Verbraucher aber mit einer unüberschaubaren Menge an Informationen konfrontiert. Ein Beispiel: Für Beratung und Abschluss einer Riesterrente erhalten Kunden einen

50-seitigen Papierwust, auf dem sie sechs Unterschriften hinterlassen müssen. Die überfordernde Bürokratie läuft Gefahr, das Gegenteil von gutem Verbraucherschutz zu bewirken: Wer liest sich das denn alles durch? Zudem kommt es beim Aufeinandertreffen von nationalen und EU-Regelungen zu Überschneidungen und Widersprüchen, die häufig gar nicht oder nur unzureichend aufgelöst werden. Stapelweise Formulare auszufüllen, schreckt die Bürgerinnen und Bürger letztlich ab. Wer private Initiativen fördern und den Marktzugang verbessern will, sollte deshalb Bürokratie und Komplexität reduzieren.

3.) Kompetente Beratung sicherstellen

Das Ziel der EU-Kommission, den Zugang zum Aktienmarkt zu verbessern, kann nicht zuletzt durch eine qualitativ hochwertige Beratung unterstützt werden. Sie zu fördern, muss Anliegen der Politik sein. Ohne Zweifel ist die Verbreitung von Finanzprodukten zur Vorsorge in Deutschland auch das Verdienst kompetenter Beraterinnen und Berater.

Was ist kompetente Beratung, und was ist den Bürgerinnen und Bürgern wichtig? Wie DIVA-Umfragen zeigen, stehen maßgeschneiderte Lösungen an erster Stelle. Die Menschen wollen keine zusätzliche Vorsorge von der staatlichen Stange. Aufgabe eines Beraters ist es, die aktuelle finanzielle Situation des Kunden, seine Produkt- und Risikopräferenzen zu bewerten, Zukunftspläne zu erörtern und Lösungsvorschläge zu entwickeln. Dabei erklärt er die Zusammenhänge der Finanzmärkte und übersetzt „Fachchinesisch“ in die Sprache des Kunden. Um den Marktzugang breiter Bevölkerungskreise, der „Kleinanleger“, zu Aktienmärkten zu erleichtern, muss die Politik daher die Rahmenbedingungen für Beratung verbessern.

Dabei sind die Kosten eines Finanzproduktes nicht irrelevant, bilden aber auch nicht das alles entscheidende Kriterium. Schließlich liegen die Ursachen höherer Kosten oft in besserem Service, flexibleren Produkten und maßgeschneiderter Beratung – Faktoren, die vielen Kunden sehr wichtig sind. Die fatalen Folgen einer Kostenregulierung zeigen sich am PEPP, der „Europa-Rente“, mit der die EU Altersarmut bekämpfen will: Seine Kosten dürfen einen Prozent nicht übersteigen; infolgedessen gibt es bislang europaweit kein einziges Angebot am Markt. Für den Kunden viel wichtiger als der Preis ist die Sinnhaftigkeit des Produktes.

4.) Digitalisierung richtig nutzen

Finanzangebote im Internet bieten scheinbar attraktive Produkte und Kostenvorteile. Sie bieten aber keine Lösungen für individuelle Lebensumstände. Das One-size-fits-all von Standardprodukten und der Kauf ohne Beratung können teuer werden und beinhalten die Gefahr, individuelle Versorgungslücken zu übersehen. Zwar können digitale Tools den Beratungsprozess sinnvoll ergänzen, zum Beispiel durch Simulation unterschiedlicher Finanzszenarien oder auch für virtuelle Rückfragen; die digitale Welt kann persönliche Vermögens- und Vorsorgeberatung jedoch nicht ersetzen. Eine Integration der beiden Welten kann aber Zeit- und Kostenvorteile bringen. Ihre kluge Kombination ist die Zukunft der Finanzberatung.

5.) Finanzbildung verbessern

Das Interesse der Bevölkerung an Finanzfragen muss gefördert, Beratungsqualität ausgebaut und Finanzbildung verbessert werden. In Deutschland gibt es bisher noch keine Strategie zur Verbesserung der Finanzbildung oder zur Qualitätssicherung von vorhandenen Programmen. Wie Studien zeigen, können Bildungsprogramme das Finanzwissen jedoch deutlich verbessern. Von politischer Seite aus bedarf es daher einer Strategie zum Ausbau der Finanzbildung. Die Unterstützung von Bildungsanbietern oder die steuerliche Absetzbarkeit von Bildungsinvestitionen sind Beispiele für Maßnahmen, die hierzu beitragen können.

Alle Schritte gehen Hand in Hand und können politisch gestützt werden: die Mündigkeit der Menschen ernstnehmen, Finanzthemen von bürokratischem Wust befreien, überbordende Regulierung von Finanz- und Vermögensberatung behutsam zurückfahren, Finanzbildung stärker fördern. Jeder für sich wäre ein guter Schritt in Richtung einer modernen Finanz- und Aktienkultur in Deutschland. Zusammen brächten diese mutigen Schritte sie auf ihrem Weg ein gutes Stück voran.

DIVA – Deutsches Institut für Vermögensbildung und Alterssicherung

Das DIVA versteht sich als Meinungsforschungsinstitut für finanzielle Verbraucherfragen und ist ein An-Institut der Fachhochschule der Wirtschaft (FHDW). Geschäftsführender Direktor ist Dr. Helge Lach, zugleich Vorsitzender des Bundesverbands Deutscher Vermögensberater (BDV); die Wissenschaftliche Leitung liegt bei FHDW-Professor Dr. Michael Heuser. Veröffentlichungen des DIVA und weitere Informationen unter www.diva.de.

Kontakt

Prof. Dr. Michael Heuser, Wissenschaftlicher Direktor
Deutsches Institut für Vermögensbildung und Alterssicherung GmbH
Bahnhofstraße 23 | 35037 Marburg
06421 59078-11 | michael.heuser@diva.de